

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Richard Graupner

Abg. Tobias Reiß

Abg. Johannes Becher

Abg. Alexander Hold

Abg. Martin Hagen

Abg. Karl Straub

Abg. Barbara Fuchs

Abg. Stefan Löw

Abg. Petra Guttenberger

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der AfD-Fraktion

"Kurskorrektur bei Asylpolitik: Hart Steuerbord statt linke Schlagseite"

Sie kennen das Prozedere mit 5 Minuten respektive 10 Minuten. Erster Redner für die AfD-Fraktion ist der Kollege Richard Graupner.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das beste Deutschland aller Zeiten gleicht einem politischen Trümmerfeld. Die meisten der Probleme sind auf die unkontrollierte Masseneinwanderung zurückzuführen. Seit dem verhängnisvollen Jahr 2015 sind rund 3 Millionen Fremde in unser Land gekommen. Die Zahlen illegaler Einreisen schwellen seit 2021 beständig und schwindelerregend an. Im ersten Quartal wurden in Deutschland insgesamt fast 90.000 Asylanträge gestellt – das sind 80 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Demgegenüber wurden im letzten Jahr lediglich 13.000 Personen abgeschoben. Gleichzeitig verlassen immer noch Hunderttausende gut ausgebildete Deutsche unser Land. Die ungesteuerte Einwanderung verschärft die allgemeine Krisenentwicklung dramatisch.

(Beifall bei der AfD)

Nehmen wir als Beispiel den Wohnungsmarkt. Während unsere deutschen Arbeitnehmer und Familien in unseren Städten händeringend Wohnungen suchen, während der Bund seine selbst gesteckten Ziele beim sozialen Wohnungsbau krachend verfehlt, setzt man kleinen Gemeinden Containerdörfer für Asylbewerber vor die Nase, deren Bewohnerzahl die der Einheimischen teilweise übersteigt.

Oder nehmen wir die angebliche Bereicherung für den Arbeitsmarkt: die sogenannte Fachkräfteeinwanderung. Das ist eine glatte Lüge. In meiner Heimatstadt Schweinfurt zum Beispiel sind rund 43 % aller Arbeitslosen Ausländer. Deutsche mit Migrationshintergrund sind dabei noch gar nicht mitgezählt. Drei Viertel aller seit 2015 zu uns ge-

kommenen Syrer sind Bezieher von Sozialleistungen. Es ist Zeit, sich dieser Realität zu stellen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Weil wir sie nicht arbeiten lassen!)

Und natürlich die Kriminalität. Bundesweit haben wir steigende Kriminalitätsraten zu beklagen, besonders bei der Gewaltkriminalität. Die Anzahl tatverdächtiger Zuwanderer stieg dabei um satte 35 %. Mit Fachkräftezuwanderungsgesetz, Chancen-Aufenthaltsrecht und erleichterten Einbürgerungen wird man solcher Entwicklungen nicht Herr – im Gegenteil.

Die Ampel wollte ja nun angeblich doch auf einen härteren Kurs umschwenken. Der Migrationsgipfel hat uns erwartungsgemäß eines Besseren belehrt. Besonders auf kommunaler Ebene macht sich bittere Enttäuschung breit; denn weder für Zuwanderungsbegrenzung noch für die notwendige Kostenerstattung gab es ausreichende Zusagen seitens des Bundes. Man sieht dies ja auch an der SPD-Fraktion: Die interessiert die Sorgen und Nöte der Kommunen überhaupt nicht; sie ist nicht anwesend und hat offensichtlich keinen Redner gemeldet.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Arbeitsverweigerung ist das!)

Aber wie schaut es denn im angeblich sichersten Bundesland, wie schaut es denn bei uns im vermeintlich konservativen Bayern aus? – Wir haben derzeit rund 500.000 – eine halbe Million – Zuwanderer im Land. Das entspricht einem Bevölkerungsanteil von circa 3,8 %. Circa 30.000 dieser Leute sind ausreisepflichtig, 9.000 davon sofort vollziehbar. Und wie viele Abschiebungen hat unser Law-and-Order-Innenminister im letzten Jahr hinbekommen? – Gerade einmal 1.733.

Die CSU und die Staatsregierung umschreiben ihre Migrationspolitik ja gerne mit der blumigen Formel von Humanität und Ordnung. Aber ist es denn human, wenn auch in Bayern die Kriminalitätsbelastung durch Zuwanderung drastisch in die Höhe schnellst?

(Zuruf von den GRÜNEN: Das ist nicht nachgewiesen!)

Der Anteil nicht deutscher Tatverdächtiger lag im letzten Jahr bei 36,5 %. Das ist ein trauriger Allzeitspitzenwert, über den jeder hinweggeht.

(Zustimmung bei der AfD)

Die gerade genannten 3,8 % Zuwanderer sind für 10 % aller Straftaten verantwortlich; bei der Gewaltkriminalität sind es sogar über 16 %. Auch wenn der Herr Innenminister hier keinen Zusammenhang und kein Problem erkennen will, so sehe ich diese sehr wohl und mit mir und uns viele bayerische Bürger;

(Beifall bei der AfD)

denn für sie bedeutet diese sogenannte Humanität eher eine handfeste Gefahr für Leib oder Leben und manchmal sogar den Tod, wie für die drei Opfer des Würzburger Messermörders.

Was ist das eigentlich für eine Ordnung, die die Kommunen mit den Folgen der Massenmigration allein im Regen stehen lässt? Seit Wochen und Monaten schlagen Lokalpolitiker, Landräte, der Städte- und Gemeindebund und viele andere Alarm. Geschehen ist so gut wie nichts. Hat denn Bayern inzwischen die Aufnahmesperre im Verteilssystem für Asylbewerber eingelegt, so wie wir es hier schon vor Monaten gefordert haben? – Nein. Jenseits wohlfeilen Wortgeklingels und markiger Wahlkampfprüche unterscheidet sich die Politik der CSU in nichts mehr vom links-grünen Original.

Dabei ist eines klar: Das migrationspolitische Steuer muss jetzt energisch herumgerissen werden. Hart Steuerbord ist angesagt: lückenloser Grenzschutz, konsequente Abschiebungen und, solange der Bund dies nicht gewährleistet, vollumfängliche Kosten-erstattung für unsere Kommunen durch den Freistaat.

(Beifall bei der AfD)

Doch dazu braucht es eine Mannschaft, die willens und fähig ist, dieses Manöver mit starkem Arm auch durchzuführen. Diese Mannschaft kommt nur aus den Reihen der AfD, und wir stehen dafür bereit. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, will ich darauf hinweisen, dass mich der Vorsitzende der SPD-Fraktion Florian von Brunn vorher informiert hat, dass aus Protest keiner von der SPD an der Debatte teilnehmen wird.

(Lachen bei der AfD)

Als nächster Redner hat für 10 Minuten der Kollege Tobias Reiß das Wort.

(Zuruf von der AfD: Arbeitsverweigerer! – Zuruf von der AfD: Traurig!)

Tobias Reiß (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich fällt es einem schwer, sich am frühen Morgen eine Debatte anzutun, die seitens der AfD unter dem Stichwort "Hart Steuerbord", also hart an die rechte Grenze, intoniert wird,

(Zuruf von der AfD)

eine Diskussion, die Sie mit dem Wind, den Sie vermeintlich aufgrund der Politik der Bundesregierung vernehmen, steuern wollen. Mit Ihrer Politik, die keinerlei Lösungen anbietet und keinerlei Lösungen möchte, mit Ihrer menschenverachtenden,

(Widerspruch von der AfD)

mit Ihrer instrumentalisierenden Herangehensweise würden Sie tatsächlich jedes Boot auf Grund setzen und Mastbrüche ohne Ende erreichen, aber keine Lösungen. Dass Sie den Begriff "human" in den Mund nehmen, Herr Kollege Graupner, ist schwer erträglich, weil Sie eben nicht für eine humane, für eine humanitäre Flüchtlingspolitik

stehen, sondern ausschließlich instrumentalisieren und polemisieren wollen und ausländerverachtend argumentieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich können wir mit dem, was gestern auf Bundesebene vereinbart wurde, mitnichten zufrieden sein. Lieber Kollege Kirchner, die Staatsregierung macht auch mit der Protokollerklärung deutlich, wo der Freistaat Bayern steht

(Zuruf)

und wo wir die enormen Herausforderungen sehen. Natürlich sind die Zuzugszahlen zu hoch:

(Zuruf)

Im Jahr 2022 sind in Deutschland 244.000 Asylanträge gestellt worden, 32.000 davon in Bayern; das ist eine Steigerung um nahezu 50 % gegenüber dem Vorjahr. Natürlich ist gerade auch mit der Entwicklung in diesem Jahr von Januar bis April deutlich geworden, dass die Zahlen weiter extrem steigen: Wir erleben im ersten Quartal auf Bundesebene eine Zunahme von 78 % und in Bayern sogar um 99 %. Wenn man dann auch noch die europäischen Zahlen hinzuzieht, bedeutet das bei 880.000 Asylersanträgen im Jahr 2022 eine Steigerung von 64 % gegenüber 2021.

Wir haben natürlich die Sorgen ernst zu nehmen, die von den Kommunen formuliert werden, dass eben Unterbringung, dass Integration, dass Versorgung sowie Bereitstellung von Kita- und Schulplätzen an Grenzen stoßen. Insbesondere ehrenamtliche Helfer und Helferinnen sind teilweise nicht mehr zu finden. Ich war selbst mit meinem Bundestagskollegen, mit unserem Landrat und mit vielen ehrenamtlichen Helfern vor wenigen Wochen in unserer Notunterkunft, die wir im Landkreis Tirschenreuth im ehemaligen Kloster im Fockenfeld unterhalten, um uns über die Situation zu erkundigen. Auch wir, sagt mir unser Landrat, stehen jetzt davor, Containerwohnungen zu schaf-

fen, weil wir eben keine Schulturnhallen wie 2015 belegen wollen. Es wird immer schwieriger, Helfer zu finden.

Es wird ja auch seitens aller Parteien auf kommunaler Ebene gefordert – auch die Länderchefs waren sich gestern alle einig –, dass hier mehr getan werden muss. Lieber Kollege Mistol, in dieser Frage zitiere ich Jens Marco Scherf, den Landrat der GRÜNEN aus Miltenberg, der natürlich auch bei dieser konkreten Erfahrung vor Ort seine Herausforderungen schildert. Ich habe mir mal ein paar Zitate von ihm zusammengestellt: keine Mitarbeiter mehr für die Betreuung der Notaufnahme, Sachbearbeiter Asyl will keiner mehr werden, die Zahl der Ehrenamtlichen bricht weg, "2015 kippte die Stimmung ins Positive, jetzt ist es umgekehrt".

Das ruft natürlich auch die AfD auf den Plan. Sie meint, damit ein Thema für sich instrumentalisieren zu können, ohne irgendeine Lösung in petto zu haben, und wird der Komplexität dieses Themas null gerecht. Natürlich braucht es hier aber – und das ist ja letztlich auch der Appell von Landrat Scherf an seine Parteispitze – eine völlig andere Flüchtlingshilfe. Was wir jetzt machen, ist unmenschlich und zynisch, beschreibt er hier. Ich glaube, das ist auch unser Problem.

Das zentrale Problem ist die fortgesetzte irreguläre Migration. Auch da sind natürlich die Maßnahmen des Bundes bisher nicht auskömmlich, um zu einer nachhaltigen Zugzugsbeschränkung zu führen. Da braucht es zwingend eine deutlich höhere Unterstützung des Bundes. Da ist auch diese eine Milliarde Euro, die gestern beschlossen wurde, völlig unzureichend und wird der Belastungssituation vor Ort nicht gerecht.

Der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds Uwe Brandl hat sich dieser Tage auch im Bayerischen Rundfunk zu dieser Frage geäußert und erwähnt, dass in den Jahren 2015 und 2016 vom Bund 9 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt wurden. Im Moment sind es knapp 3 Milliarden Euro, die jetzt um eine Milliarde Euro angehoben werden.

Wir brauchen hier das von den Ländern gestern eingeforderte atmende System. Wir brauchen eine Basisausstattung, wir brauchen die Kostenübernahme für die Unterkunft, aber wir brauchen natürlich auch nicht nur pauschale Zahlungen, sondern Zahlungen nach dem Vier-Säulen-Modell insbesondere anhand der konkreten Zahlen pro Flüchtling.

Darum ist das, was gestern vereinbart wurde, nicht auskömmlich; wir brauchen weitere Maßnahmen. Die Bundesregierung ist hier gefordert, insbesondere auf europäischer und natürlich auch auf nationaler Ebene. Wir müssen das europäische Asylsystem reformieren. Es braucht insgesamt eine europäische Lösung. Dazu gehören ein effektiver Schutz der EU-Außengrenzen,

(Zuruf)

eine nachhaltige europäische Entwicklungspolitik zur Bekämpfung von Fluchtursachen in den Herkunftsländern, eine stärkere Zusammenarbeit mit den Transitländern und vor allen Dingen die von der Europäischen Kommission zwischenzeitlich vorgeschlagenen Asylverfahren an den EU-Außengrenzen, welche eine einfachere Rückführung abgelehnter Asylbewerber erlauben.

Hier geht es auch tatsächlich darum, den Schleuserbanden das Handwerk zu legen. Wir wissen doch, dass sich hinter der Flucht aus vielen Ländern ein knallhartes und menschenverachtendes Geschäft verbirgt. Opfer sind die Menschen, die aus welchen Gründen auch immer fliehen. Sie werden belogen, Sie werden betrogen, und sie zahlen ihre Sehnsucht nach besseren Lebensbedingungen nicht selten mit dem Tod. Deshalb muss die Bundesregierung hier alle Instrumente einsetzen, um auch das Schleuser- und Schlepperunwesen zu bekämpfen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Bundesregierung hat angekündigt, den Vorschlag eines beschleunigten Asylverfahrens an der EU-Außengrenze auf europäischer Ebene zu unterstützen. Das muss

jetzt mit Taten hinterlegt werden. Der Europäische Rat hat am 9. Februar 2023 deutliche Weichenstellungen getroffen; der deutsche Bundeskanzler war beteiligt. Es wurde beschlossen, die Visa-, Handels- und Entwicklungshilfepolitik als Druckmittel gegenüber nicht kooperierenden Herkunftsländern anzuwenden und die Finanzierung von Grenzschutzinfrastruktur zu erweitern.

Die Liste der sicheren Herkunftsstaaten muss erweitert werden; das ist unsere Forderung. Insbesondere die Maghrebstaaten Tunesien, Algerien und Marokko sind in die Liste der sicheren Herkunftsstaaten aufzunehmen. Das war bereits 2019 in der Großen Koalition einmal Konsens, der an den GRÜNEN bis heute scheitert. Wir brauchen aber eine bessere Afrikastrategie. Wir müssen hier nicht nur an den Außengrenzschutz denken, sondern international zu Abkommen mit Herkunftsländern kommen und eine nachhaltige europäische Entwicklungspolitik zur Bekämpfung von Fluchtursachen betreiben. Dann wird auch die AfD dieses Thema nicht mehr für sich instrumentalisieren können. Ich fordere insbesondere die Bundesregierung auf, jetzt auch entsprechende Taten folgen zu lassen und die Migrationsthematik entsprechend ernst zu nehmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Ebenfalls zehn Minuten spricht der Kollege Johannes Becher für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Titel dieser bedauerlichen Aktuellen Stunde ist "Kurskorrektur bei der Asylpolitik: Hart Steuerbord statt linke Schlagseite". Das ist jetzt nicht sonderlich überraschend. Herr Kollege Reiß, ich teile Ihren Optimismus nicht, dass die AfD das Ausländerthema von Fakten abhängig macht. Das ist einfach politische Agenda bei dieser Gruppierung; sie haben ja sonst nicht viel.

Was heißt aber "hart Steuerbord"? Das heißt ja nichts anderes als das Kommando für einen radikalen Rechtsruck. Das haben Sie sich anscheinend aus Feigheit nicht ge-

traut, oben hinzuschreiben; drum haben Sie es mit "hart Steuerbord" umschrieben. Wie würde denn der radikale Rechtsruck in der Praxis ausschauen? – Meinen Sie den Schießbefehl an den Außengrenzen auch für Frauen und Kinder, wie ihn Beatrix von Storch schon 2016 gefordert hat? Meinen Sie: Alle Ausländer raus aus Deutschland? Meinen Sie: Kinder statt Inder? Meinen Sie Ihre ständige Angst vor der Umvolkung? Wo wollen Sie denn hin?

Meine Damen und Herren, stramm rechts ist der Weg in den Untergang! Die Radikalisierung der AfD kennt offenbar keine Grenzen. Dafür ist kein Platz in Bayern und auch kein Platz in diesem Parlament!

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Flucht und Migration gehören zur modernen Welt. Das ist auch kein Trend und keine vorübergehende Erscheinung, sondern der Normalzustand im 21. Jahrhundert. Die Migration vollzieht sich in Wellenbewegungen. Bayern ist seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland; wir sollten uns vielleicht auch einmal wie eines verhalten. Dazu gehört es, die Vorteile der Zuwanderung für alle Seiten bestmöglich zu nutzen und die fraglos vorhandenen Herausforderungen und Schwierigkeiten klar zu benennen und zu lösen. Wir betrachten die Zuwanderung als Chance, als Zeichen der Attraktivität Bayerns und natürlich auch als Herausforderung, um den Werten der Humanität und der Sicherheit im Sinne einer gelungenen Integration gerecht zu werden.

(Ulrich Singer (AfD): Wo denn?)

Zuwanderung bereichert uns. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass sie gut organisiert wird, eine leistungsfähige Infrastruktur vorhanden ist und die Integration vom ersten Tag an erfolgt. Dafür muss die Politik sorgen und die nötigen Ressourcen bereitstellen. Das wollen wir tun. Warum haben wir das nicht längst gemacht? Warum haben wir aus der Vergangenheit nicht gelernt? – Hier muss man feststellen, dass viele Vorgänger-Bundesregierungen viele drängende Aufgaben vertagt, Scheindebatten ge-

führt und Lösungen blockiert haben. Diese Versäumnisse der letzten Jahre rächen sich jetzt.

Die Menschenrechte stehen über allem, und sie gelten auch für alle. Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten. Asyl ist in Deutschland ein von der Verfassung geschütztes Recht. Menschen, die aus anderen Teilen der Welt vor Gewalt, Krieg und Terror fliehen, sollen hierzulande Schutz finden. Es gibt aber nicht nur Rechte; es gibt auch Pflichten. Diese werden auch von unseren Werten definiert. Ich sage es ganz deutlich: Demokratie, Vielfalt, freie Meinungsäußerung und Gleichberechtigung. Wir erwarten von den Menschen, die hier leben oder leben wollen, schon, dass sie unsere Werte anerkennen und respektieren. Dazu gehört auch, dass Frauen und Männer gleiche Rechte haben, dass man lieben kann, wen und wie man das will.

Wir sehen diese Pflichten als Hausordnung unseres Zusammenlebens. Grundformen des Respekts – egal, ob man alteingesessen oder neu hinzugekommen ist – verbinden unsere Gemeinschaft. Um Teil des "Teams Bayern" zu werden, ist es wichtig, die Sprache zu lernen, sich zu bilden und zu arbeiten. Dann wird auch ein Miteinander gelingen. Das kann aber nur funktionieren, wenn beide Seiten offen aufeinander zugehen. Wir brauchen die einen, die die Schutzsuchenden willkommen heißen und Unterstützung geben, und die anderen, die sich integrieren wollen. Dann wird Zuwanderung auch wieder als das gesehen, was sie eigentlich ist: eine Erfolgsgeschichte, die unser Land bereichert.

Heute dominiert in der öffentlichen Debatte der zugewanderte und geflüchtete Mensch als Problem. Friedrich Merz hat den Begriff "Sozialtourismus" im Zusammenhang mit ukrainischen Kriegsflüchtlingen gebraucht. Die Diskussion über die Umstellung von Geldleistungen auf Sachleistungen wird nicht geführt, weil das in der Praxis sinnvoller wäre, sondern weil damit das Signal gesendet werden soll: So toll ist es bei uns gar nicht. Bleibt bitte schön weg! – Hat diese Strategie in der Vergangenheit großen Erfolg gehabt? – Ich glaube: nein.

Unser Ziel ist es vielmehr, aus Bedürftigen Steuerzahlende zu machen. Wir wollen aus Sprachunkundigen Deutsch sprechende Menschen machen, aus Zugewanderten neue Nachbarn, Freunde und Mitglieder unserer Gesellschaft. Es soll sich doch lohnen, wenn Menschen zu uns kommen, sich anstrengen, unsere Regeln akzeptieren und sich ihren Lebensunterhalt selbst verdienen. Wir sind auf diese Menschen angewiesen. Warum soll denn eine geflüchtete junge Syrerin, die schnell unsere Sprache lernt, die hier gern in die Schule geht und die gern arbeitet, nicht Teil unserer Gesellschaft werden? Integration beginnt mit dem Denken in Potenzialen. Das Chancen-Aufenthaltsrecht ist ein richtiger Schritt. Wir sind noch nicht am Ende. Lassen Sie uns diese Potenziale nutzen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Natürlich ist die Lage vor Ort nicht einfach. Ich gehöre auch nicht zu denen, die Dinge schönreden. Landkreise, Städte, Gemeinden und Ehrenamtliche leisten für Geflüchtete unglaublich viel. Sie sind intensiv gefordert; manche sind bereits am Limit der Leistungsfähigkeit, andere schon darüber hinaus. Die Unterbringung, die gesundheitliche Versorgung, das Abarbeiten der Vorgänge in den Ausländerbehörden, die langen Verfahren, die Situation in den Kitas und den Schulen sind keine leicht zu lösenden Probleme. Die Integration leidet unter strukturellen Mängeln, langen Verfahren und auch unter der unzureichenden Finanzierung der Kommunen. In manchen Fällen wird sie auch politisch verhindert. Das muss aufhören!

Wir brauchen auf allen Ebenen einen gemeinsamen Geist des Anpackens und gleichzeitig eine klare Aufgabenverteilung. Das gilt auch für die EU und übrigens auch für EU-Mitgliedsländer, die sich weigern, Geflüchtete aufzunehmen. Diese Länder müssen stärker in die Verantwortung genommen werden. Das gilt auch für die Bundesebene und für die Landesebene. Deshalb müssen die ebenenübergreifenden Blamings, die Verantwortungsabschieberitis und die gegenseitigen Blockaden aufhören. Die Menschen erwarten zu Recht Lösungen. Wir haben einige pragmatische und zügig umsetzbare Vorschläge gemacht. Unsere Bundestagsfraktion hat erst gestern wieder

ein 10-Punkte-Programm vorgelegt. Nachdem jahrzehntelang Ängste geschürt und Debatten über die Leitkultur und Parallelgesellschaften geführt wurden, ist es endlich an der Zeit, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, damit aus Migration gelungene Integration wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte aber noch drei konkrete Punkte ansprechen:

Erstens. Die finanzielle Situation der Kommunen: Gerade wurde die eine Milliarde Euro, die gestern beschlossen wurde, abgetan, als wäre das gar nichts. Eine Milliarde Euro ist schon einmal etwas! Wir GRÜNE haben uns hier klar positioniert. Wir könnten uns auch deutlich mehr Mittel vorstellen. Meine persönliche Meinung lautet, dass diese eine Milliarde Euro nicht ausreichen wird. Sie ist ein Einstieg in die Diskussion. Im Papier steht auch, dass weitere Verhandlungen geführt werden.

Die Finanzierung ist eine Daueraufgabe. Ich teile die Position der 16 Bundesländer, dass wir ein System brauchen, welches dauerhaft und auch in Abhängigkeit von der Anzahl der zu uns kommenden Menschen die Kosten übernimmt. Ich meine auch, dass wir das bis auf die Kommunen herunterbrechen können: Gemeinden, die viele Geflüchtete aufnehmen – sei es privat oder in Gemeinschaftsunterkünften –, erbringen eine Leistung, die finanziell belohnt werden soll.

Zweitens. Das Thema Unterbringung: Ich halte es für richtig, dass wir die Sonderregeln nach § 246 Baugesetzbuch verlängern. Für unsere Gemeinschaftsunterkünfte haben wir viele Pläne in der Schublade. Wir brauchen da keine neuen Architektenwettbewerbe auszuschreiben. Wir könnten relativ schnell bauen. Wichtig wäre aber, dass wir bei den Schwellenwerten nicht immer gleich eine europaweite Ausschreibung durchführen müssen. Außerdem müssen wir darauf achten, dass die Gemeinschaftsunterkünfte nicht zu groß werden. In Turnhallen und XXL-Unterkünften gelingt die Integration mit Sicherheit nicht, sondern nur in Gemeinschaftsunterkünften mit einer für die Dorfgemeinschaft verkraftbaren Bewohnerzahl. Der Freistaat muss alle Immobili-

en, die er hat, den Kommunen zur Verfügung stellen. Wir unterstützen das. Das ist unsere Verantwortung.

Drittens. Die Integration ab dem ersten Tag: Es ist höchste Zeit für eine Integrationsoffensive. Kein Sprachkurs darf an den Finanzen scheitern. Die Kitas wurden angesprochen: Wir brauchen im Kitasystem viel mehr Geld. Hier befindet sich die Infrastruktur seit Jahren am Limit; es wollte halt niemand hören. Auch auf die Fachkräfte im sozialen Bereich hat niemand gehört. Wir müssen die Arbeitsbedingungen in den Kitas unbedingt verbessern, unabhängig von der Zuwanderung, weil wir ansonsten die Arbeitskräfte verlieren und sich die Probleme zuspitzen werden.

Ein Thema möchte ich noch ansprechen, nämlich die kommunalen Integrationszentren. Dort werden Haupt- und Ehrenamt vernetzt, arbeiten auf Augenhöhe und bringen die Integration vor Ort voran. Seien wir doch ehrlich: Ohne die vielen Ehrenamtlichen, die uns über Jahre hinweg den Laden gerettet haben, befände sich unser Land in einer ganz anderen Situation.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kurzum: Wenn wir es gemeinsam angehen, wenn wir die Kommunen entlasten, wo wir können, wenn wir die Herausforderungen ernst nehmen und angehen und wenn wir die Chancen ergreifen, die sich ergeben, dann werden wir alle gewinnen, und wir bekommen ein besseres und erfolgreicherer Bayern. Davon sind wir fest überzeugt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Kollege Alexander Hold.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der Debatte muss man sich schon stellen. Wer sich der Debatte verweigert, der hat genauso wenig Lösungen zu bieten wie diejenigen, die letzten Endes schönfärbend Richtung "Hart Steuerbord" steuern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das heißt nichts anderes als radikal nach rechts. "Hart Steuerbord" hat übrigens auch der Kapitän der Titanic gerufen. Wir wissen alle, wie das geendet hat.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir in der Asylpolitik wirklich Verbesserungen wollen, dann müssen wir uns erst mal all die Themen vergegenwärtigen und müssen die Themen, um die es letzten Endes geht, sauber auseinanderhalten, alle Facetten der Problematik. Das sind im Grunde zehn Punkte:

Erstens. Bekämpfung der Fluchtursachen.

Zweitens. Bekämpfung der Schleuserkriminalität.

Drittens. Trotzdem ein menschlicher Umgang mit den Opfern der Schleuser, generell mit allen Menschen auf der Flucht.

Viertens. Die Kontrolle und Verhinderung illegaler Migration.

Fünftens. Eine vollständige Registrierung.

Sechstens. Eine gerechte Verteilung.

Siebtens. Die schnellstmögliche Klärung des Bleiberechtes.

Achtens. Eine konsequente Rückführung von Menschen ohne Bleibeperspektive.

Neuntens. Eine rasche und umfassende Integration.

Zehntens. Eine gerechte Verteilung der Lasten und Kosten.

"Hart Steuerbord" reduziert das Ganze allerdings auf zwei Worte: Ausländer raus!

(Zurufe von der AfD)

So einfach ist die Welt aber nun mal nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Aber auch der gestrige Gipfel in Berlin hat sich leider nur auf einen Punkt, auf Punkt zehn konzentriert, nur auf den Streit ums Geld. Nicht ohne guten Grund war das in meiner Aufzählung gerade der letzte Punkt. Mir kommt es so vor, als ob zwei Weggefährten einen Eimer mit ganz vielen Löchern haben und sich dann nach langem Streit darauf einigen, wer wie viel Wasser nachfüllt. Da ist doch ganz klar, dass der nächste Streit, sprich: der nächste Gipfel schon vorgezeichnet ist. Wer nur über die Kosten streitet und dann nur einen Burgfrieden durch eine Regelung allein für 2023 erreicht, garniert mit ein paar kosmetischen Absichtserklärungen, und das dann großspurig "Flüchtlingsplan" nennt, der springt schlicht und einfach zu kurz. Im Gegenteil: Wir brauchen, um bei dem Bild zu bleiben, einen Eimer, bei dem man nicht dauernd die Löcher zuhalten muss. Wir brauchen das endlich, meine Damen und Herren!

Ich habe volles Verständnis dafür, dass die Kommunen und die Länder den Bund in die Pflicht genommen haben. Gerade in den Kommunen wird Außerordentliches geleistet von den Behörden, von jedem einzelnen Mitarbeiter, die ja direkt aus der Corona-Krise kommen und überhaupt keine Verschnaufpause hatten.

Dies gilt übrigens auch für die Schulen: Allein in Bayern haben wir 35.000 Kinder aus der Ukraine aufgenommen und integriert – ohne Murren und ohne große Verwerfungen. Dafür muss man auch einmal Danke sagen: Danke an alle Behörden, danke an die ganzen Lehrkräfte, an die Schulfamilie, auch an das Kultusministerium, das sehr schnell die Weichen gestellt hat und Voraussetzungen geschaffen hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich habe mir das Positionspapier der FREIEN WÄHLER zur Landtagswahl 2018 aus der Schublade geholt. Ganz ehrlich: Alles, was wir damals gefordert haben, ist leider

immer noch sehr aktuell. Manches war damals schon nicht ganz neu. Aber ganz viele Dinge werden seit Jahren immer wieder von allen gefordert, ob es jetzt gestern Abend ein Flüchtlingsplan war oder weiß Gott was. Es wird gefordert und angekündigt, aber es passiert schlicht und einfach nichts.

Bayern hat sich da am allerwenigsten vorzuwerfen. Einiges, was in Berlin jetzt mal wieder nur so als Ziel verkündet wurde, machen wir schon lange, setzen wir schon lange um: Grenzkontrollen, intensive Schleierfahndung. Bayern muss sich ganz gewiss nicht vorwerfen lassen, dass es nicht konsequent den Aufenthalt derer beendet, die hier keine Bleibeperspektive haben. Auch in Sachen Integration tut Bayern mehr als andere. Noch mal: Der beste Integrationsmotor ist schlicht und einfach Bildung. Insofern ist es wirklich beachtlich, was an bayerischen Schulen an Integrationsarbeit geleistet wird.

Ganz nebenbei: Kein Integrationsmotor ist übrigens Einbürgerung unter Verzicht auf Sprachtests oder bereits nach drei oder fünf Jahren. Wer Deutscher werden will, der soll auch Deutsch sprechen,

(Andreas Winhart (AfD): Rechtspopulistisch!)

soll sich mit unseren Werten identifizieren, soll Deutsch sprechen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir verschenken die Staatsbürgerschaft nicht in der Hoffnung, dass der, der einen deutschen Pass hat, sich dann schon irgendwie integrieren wird. Einbürgerung ist nicht die Karotte, die man einem vor die Nase hält in der Hoffnung, dass er ihr hinterherläuft. Nein, Einbürgerung ist das Sahnehäubchen auf einer gelungenen Integration.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber zurück zur Bildung: Auch bei der beruflichen Bildung haben wir große Erfolge. Bayern hat die geringste Arbeitslosigkeit bei Asylberechtigten und die geringste Ar-

beitslosigkeit bei ausländischen Mitbürgern, übrigens auch bei Frauen. Ich danke da ausdrücklich dem Innenminister Joachim Herrmann, dass er zuhört und bereit ist, gemeinsam Dinge in Bewegung zu setzen. In den letzten viereinhalb Jahren hat sich einiges getan. Für viele ist überraschend, dass es uns gelungen ist, eine offensive Anwendung der 3-plus-2-Regelung im Koalitionsvertrag zu verankern. Das ist nicht nur verankert, sondern wird auch wirklich gelebt, nicht zuletzt, weil der Innenminister seine Behörden entsprechend angewiesen hat, genauso wie er sie inzwischen angewiesen hat zu einem konsequenten und offensiven Umgang mit dem Chancen-Aufenthaltsrecht. Das sollten Sie auch mal zur Kenntnis nehmen, dass wir in Bayern nicht blockieren, sondern auch da vorangehen.

Aber ich habe vorher nicht umsonst zehn Punkte aufgezählt. Wichtig ist, dass bei vielen Dingen bisher nichts passiert. Es heißt immer nur "wir brauchen, wir brauchen". Kollege Becher hat es gerade auch wieder gesagt: Wir brauchen, jetzt muss endlich. – Dann macht doch mal! Bekämpfung von Fluchtursachen. In Sonntagsreden kommt es immer vor. Getan wird aber einfach nichts. – Bekämpfung der Schleuserkriminalität. Endlich internationale Zusammenarbeit. Gehen Sie es doch an, anstatt es nur zu beschwören! – Kontrolle und Verhinderung illegaler Migration: Ja, wir brauchen endlich Asylverfahren an den EU-Außengrenzen. Da wird schwadroniert. Ich habe den Eindruck, dass da mehr Intensität und Elan darauf verwendet wird, immer wieder neue Begriffe zu erfinden, anstatt es tatsächlich mal anzugehen. Kaum ist die Forderung gestern wieder in den Raum geworfen worden, hieß es von den GRÜNEN sofort: Um Gottes willen, Grundlagen des Asylrechts werden tangiert. – Meine Damen und Herren, so wird das wieder nichts, ganz sicher nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Jetzt komme ich zu einem ganz wichtigen Punkt, wo bisher alle zu kurz springen: Wir sollten das Bleiberecht so schnell wie möglich klären. Es ist ein grotesker Ausdruck von Hilflosigkeit, dass in diesem sogenannten Flüchtlingsplan gestern gesagt wird: Ja, wir beschleunigen die Verfahren. Wir führen die E-Akte ein. – Entschuldigung, das ist

wirklich zu kurz gesprungen. 87 % der ablehnenden Bescheide in Deutschland werden angefochten. In der Schweiz zum Beispiel sind es 33 %. Die Verfahrensdauer ist einfach zu lang. Wir brauchen eine grundlegende Beschleunigung. Wieso machen wir das nicht wie die Schweiz? Dort werden alle Asylverfahren aus Herkunftsländern mit einer sehr geringen Anerkennungsquote – das sind 72 % – innerhalb 48 Stunden entschieden. So beschleunigen wir und entlasten am Ende auch Länder und Kommunen, weil nicht so lange Unterkunft und Sozialleistungen gewährt werden müssen. Wieso legen wir nicht einfach fest, dass jedes Klageverfahren innerhalb von drei Monaten entschieden werden muss? Das wäre wirklich Beschleunigung. Das wäre wirklich Entlastung, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

In der Schweiz bekommt übrigens jeder Asylbewerber sofort einen Rechtsbeistand, der ihn noch im Asylverfahren in den ersten 48 Stunden berät, wie groß seine Chancen sind und ob er nicht besser freiwillig in sein Herkunftsland zurückkehrt. Das hat Erfolg, meine Damen und Herren. Wenn Sie wieder mit den sicheren Herkunftsländern anfangen, muss ich ganz ehrlich sagen: Macht endlich! Über die Maghreb-Staaten reden wir seit 20 Jahren. Die Große Koalition wollte das machen. Woran ist es gescheitert? – An den GRÜNEN 2019 im Bundesrat.

Wenn Sie von Unterkunft reden, "der Freistaat müsste endlich" – wissen Sie, wer was endlich müsste? – Wenn Sie von Unterkunft reden, während wir in den Kommunen überlegen, ob wir Turnhallen oder Schulen als Flüchtlingsunterkünfte verwenden, bringen Sie hier im Bayerischen Landtag einen Gesetzentwurf ein für ein Abschiebungshaftvollzugsgesetz, in dem Sie den Freistaat zwingen wollen, jetzt neue Haftanstalten zu bauen, damit sich dort Abzuschiebende frei bewegen können. Das ist Ihre Problematik, während die Kommunen nicht mehr ein und aus wissen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dann kommen wir noch kurz zum Thema "Konsequente Rückführung von Menschen ohne Bleibeperspektive". Das ist die größte Worthölse der ganzen Asylpolitik. Das steht auch in Ihrem Koalitionsvertrag so drin. Auch da passiert schlicht und einfach nichts. Seit Jahresanfang hat die Bundesregierung einen Sonderbeauftragten für Migration großspurig angekündigt, gestern auch wieder der Bundeskanzler ein effektives Rückführungs-Management. Wie viele Rückführungsabkommen hat er seitdem abgeschlossen? – Null.

Ich zitiere noch mal die Schweiz. Die kleine Schweiz hat mit 50 Staaten Rückführungsabkommen. Mit 30 weiteren Staaten hat sie bilaterale Vereinbarungen und führt entsprechende Dialoge. Das ist mehr, als die ganze EU und Deutschland zusammen haben. Machen Sie endlich mal was!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Man muss bereit sein, hier auch mit Druck deutsche Interessen zu verfolgen, mit Druck, indem man wirtschaftliche Zusammenarbeit und entwicklungspolitische Unterstützung in Bezug auf eine Visumserteilung damit verknüpft, ob Staaten bereit sind, ihre eigenen Bürger am Ende zurückzunehmen.

Wir brauchen eine gerechte Verteilung der Lasten und Kosten. Die Festlegung einer Obergrenze klingt wunderbar, aber das nützt nichts, wenn die Menschen mal hier sind und Asyl beantragt haben. Wir brauchen die Bekämpfung der Fluchtursachen, Verfahren an den Außengrenzen, eine dramatische Beschleunigung der Verfahren und eine Forcierung der Rückkehr. Dann begrenzt sich letzten Endes die Zahl derer, die uns hier zur Last fallen, ganz von selber. Das entlastet die Länder, die Kommunen und unsere Gesellschaft. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die FDP-Fraktion spricht jetzt der Kollege Martin Hagen.

Martin Hagen (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Migrationsdebatte ist zu wichtig, um sie den Kameraden von rechts außen zu überlassen; denn es ist eine ernste Debatte, und die Situation ist angespannt. Wir haben im ersten Quartal 2023 ein Plus von 78 % bei den Asylanträgen. Viele Landkreise sind bei der Aufnahme am Limit, und das sagen nicht nur Landräte der CSU, sondern sogar Landräte der GRÜNEN. Deswegen ist es wichtig, dass wir als Demokraten über dieses Thema reden; denn wir müssen in der Flüchtlingspolitik nicht nach "Hart Steuerbord" und auch nicht nach "Hart Backbord". Wir wollen unser Boot nicht in trübe Gewässer führen, sondern wir wollen es mit ruhiger Hand sicher durch den Sturm steuern. Deswegen hat die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern jetzt auch auf dem Migrationsgipfel vereinbart, dass der Bund sich mit einer Milliarde Euro zusätzlich an den hohen Kosten für die Aufnahme der Flüchtlinge beteiligt.

Geld allein löst aber das Problem nicht. Deswegen gehen auch die Forderungen der Staatsregierung am eigentlichen Punkt vorbei. Es geht nicht darum, dass der Bund, der ohnehin in den letzten Jahren im Vergleich zu Ländern und Kommunen insgesamt ja immer größere Lasten übernommen hat, sich noch stärker finanziell beteiligt, sondern es geht darum, dass wir tatsächlich eine Zeitenwende in der Migrationspolitik schaffen. In dieser Zeitenwende, in der wir noch einen langen Weg vor uns haben, müssen wir feststellen, dass wir mit der neuen Bundesregierung immerhin schon mal ein ganzes Stück vorangekommen sind im Vergleich

(Petra Guttenberger (CSU): Wo denn? Wo? Habe ich was verpasst?)

zu der Situation, wie sie unter der von Ihnen geführten Bundesregierung vorgefunden wurde. Wir haben jetzt beispielsweise auf dem Migrationsgipfel vereinbart, konsequenter abzuschieben,

(Petra Guttenberger (CSU): Wo ist was passiert?)

beispielsweise den Ausreisegewahrsam von 10 Tagen auf 28 Tage auszuweiten. Es wird weitere Migrationsabkommen geben.

(Tobias Reiß (CSU): Wird, wird, wird! Absichtserklärungen!)

Herr Kollege Hold, Sie sagen, der Migrationsbeauftragte Stamp habe jetzt in den wenigen Monaten

(Zurufe der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU) und Tobias Reiß (CSU))

seiner Amtszeit noch kein solches Abkommen ausgehandelt. Na ja, Abkommen international auszuhandeln, ist nun mal das Bohren dicker Bretter. Dass Sie als Partei, die im Bundestag nicht vertreten ist,

(Tobias Reiß (CSU): Machen statt scholzen!)

sich damit nicht so auskennen, kann man entschuldigen. Aber vonseiten der CSU muss man doch feststellen, Sie haben zuletzt fünf Jahre lang den Innenminister gestellt und haben es in dieser Zeit nicht geschafft, ein solches Migrationsabkommen auszuhandeln. Wir gehen dieses Thema jetzt an.

(Beifall bei der FDP)

Die Liste der sicheren Herkunftsstaaten wird ausgeweitet. Wir werden die Zuständigkeiten der Bundespolizei ausweiten. Wir werden den Informationsaustausch zwischen den Justiz- und Ausländerbehörden ausweiten.

Insbesondere bekennt sich die neue Bundesregierung zu einer Wende in der europäischen Migrationspolitik. Die Bundesregierung bekennt sich jetzt dazu, dass wir den europäischen Grenzschutz verbessern, dass wir Transitzentren an den EU-Außengrenzen einrichten, dass wir sogar Expressverfahren einführen, damit bereits an der EU-Außengrenze festgestellt wird, wenn jemand aus einem Land kommt mit sehr geringer Perspektive, um hier Recht auf Asyl zu genießen; denn das ist die entscheidende, dass wir den Zustrom an der EU-Außengrenze stoppen; denn wir wissen ja aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre und Jahrzehnte – ich sage es noch mal, das war unter Ihrer Verantwortung, liebe Freunde von der CSU –, dass, wenn die

Leute erst mal in Europa sind und den Weg durch die europäischen Staaten gehen, es sehr schwer ist, Menschen ohne Asylrecht dann auch wieder in ihre Herkunftsstaaten zurückzuführen.

Deswegen ist es gut, dass die neue Bundesregierung jetzt diese Zeitenwende in der Migrationspolitik angeht. Wie gesagt, wir haben da noch einen langen Weg vor uns. Wir haben da auch noch Überzeugungsarbeit vor uns. Aber wir gehen diesen Weg, und wir haben die ersten Schritte gemacht.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ihr lehnt alles ab! – Zuruf der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU))

Deswegen ist die Situation heute besser, als sie in der Zeit der CDU/CSU-Regierung war. Diesen Weg werden wir weitergehen.

(Beifall bei der FDP – Zurufe der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU) und Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Karl Straub für die CSU-Fraktion das Wort.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich als Erstes auf den Kollegen Hagen eingehen. Herr Hagen, Sie haben gerade gesprochen, als wären Sie in Berlin in der Laienregierung. Von den Dingen, die Sie da alle so aufgezählt haben, sind sehr viele sehr, sehr sinnvoll. Bloß erinnere ich Sie: Sie sind in Berlin in einer Koalition mit Ihren grünen Kollegen, und die werden Ihnen in vielen vernünftigen Punkten, die Sie angesprochen haben, ganz einfach widersprechen. Sie haben unseren Bundesinnenminister, Herrn Seehofer, und vieles, Transitzentren usw. angesprochen. Das fordern wir seit Jahren. Wir fordern das seit 2013, Höhepunkt 2015 bis 2018. Wir haben diese Dinge alle gefordert. Wir waren allerdings damals in einer Koalition mit der SPD, die das verhindert hat,

(Beifall bei der CSU – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

die heute offensichtlich vergessen hat – und das haben Sie auch angemahnt –, dass es hier um eine wichtige Debatte geht, egal, wer diese Debatte anstößt. Wer an dieser Debatte nicht teilnimmt und meint, damit die AfD zu verhindern, der macht einen riesengroßen Fehler. Die AfD stellen wir nur in der Diskussion. Das ist eine Frechheit, dass Sie nicht dabei sind!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Für die AfD ein kleiner Bootsführungskurs, recht viel mehr braucht man dazu nicht sagen: Wenn ein Boot linke Schlagseite hat – also ganz originell das Ganze mal aufs Wasser übertragen – und ich schlage dann ganz hart Steuerbord ein, dann passiert mit dem Boot eines: Dieses Boot geht unter. Wenn man Ihre Politik – –

(Zuruf des Abgeordneten Martin Böhm (AfD))

Sie machen Problembeschreibungen, Herr Böhm, heute teilweise in normaler Sprache, teilweise in vollkommen überzogener Sprache. Sie zeigen aber keine einzige Lösung für ein sehr komplexes Problem auf.

(Ulrich Singer (AfD): Sie kopieren unser Programm!)

Wir haben in der Welt – das ist Fakt – 101 Millionen Menschen auf der Flucht. Wenn Sie meinen, das mit rechten Parolen zu verhindern, dann sind Sie wirklich in der Schlagseite, und dann saufen Sie mit Ihrer Politik ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Lieber Herr Becher, Sie haben teilweise ganz vernünftige Dinge beschrieben,

(Johannes Becher (GRÜNE): Mache ich häufiger!)

die man allerdings nur dann umsetzen kann, wenn die Anzahl der Flüchtlinge eben drastisch reduziert wird, die Thematik Integration usw. Eine Reduzierung der Anzahl der Flüchtlinge bedeutet nicht, inhuman zu sein, sondern gerade human zu sein, weil

faire Verfahren an Außengrenzen nämlich fair sind für unsere Bevölkerung und auch fair für die Flüchtlinge. Ich habe aber gesehen, und Sie können es alle in Facebook nachschauen, was Ihr Kollege Schuberl heute schon in Facebook geteilt hat, indem er ertrinkende Menschen darstellt, die sagen, Deutschland müsste ja jetzt froh sein, weil das kostet ja nicht mehr so viel; ja, anscheinend ist das immer noch zu viel. – Wenn man so etwas postet,

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

dann wird das einer sachlichen Flüchtlingsdiskussion einfach nicht gerecht, Herr Schuberl.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist auf der linken Seite ganz genauso radikal, wie es hier auf der rechten Seite gemacht wird. Ich kenne Sie so nicht. Überdenken Sie solche Posts! Herr Becher hat viele gute Gedanken gehabt. Das geht allerdings nicht mit der Anzahl der Leute, die wir momentan dahaben.

Herr Hagen, noch mal – ich muss schauen, aber ich habe noch ein bisschen Zeit –: Sie haben jetzt den Abschiebungsbeauftragten Herrn Stamp. Ich habe Ihnen damals schon gesagt, dass das keine einfache Aufgabe sein wird. Aber dass jetzt die Abschiebungen sogar noch zurückgehen, dürfte dem Anspruch Ihrer Partei nicht gerecht werden.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

Wir müssen jetzt wirklich machen! Es gibt keine Abkommen von heute auf morgen. – In der Öffentlichkeit bekommt man eigentlich relativ viel mit; aber ich habe in der Öffentlichkeit noch keine einzige Reise von Herrn Stamp mitbekommen, dass er irgendwo hingefahren wäre und Abkommen geschlossen hätte. Bitte tun Sie es endlich! Bitte tun Sie es endlich! Das ist wichtig für die Flüchtlinge. Das ist wichtig für unser eigenes Land. Setzen Sie viele von den Dingen um, die Sie heute genannt haben!

Ich befürchte, das wird nicht gelingen. Wie gesagt, die SPD ist in der Diskussion teilnahmslos. Die GRÜNEN sind teilweise vernünftig, teilweise links außen, also auch ein schwieriger Koalitionspartner. Ich bitte Sie. Die Hoffnung in der Bundesregierung sind momentan Sie, zumindest bis zur Übergangszeit, bis 2025, bis Sie dann wieder abgewählt werden; denn das wird die zwangsläufige Folge Ihrer Politik sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Rednerin ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Kollegin Barbara Fuchs.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte jetzt doch mal auf die Sachebene gehen; denn auf der Ebene ist die AfD ganz leicht zu entlarven.

(Zuruf von der AfD)

Bei den Ausführungen vorhin ist ein ganz wichtiger Aspekt weggelassen worden, als es um die Frage der Beschäftigung oder des Lebens von Sozialleistungen ging. Das Problem ist ja, dass wir die Leute, die zu uns kommen, derzeit einfach gar nicht arbeiten lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber es ist ja klar, dass sie letztendlich von irgendetwas leben müssen.

Ich blicke jetzt als wirtschaftspolitische Sprecherin auf dieses Thema, und hier steht eines fest: Wir brauchen bis zum Jahr 2030 circa fünf Millionen Fach- und Arbeitskräfte. Das wären – –

(Andreas Winhart (AfD): Fachkräfte!)

– Jetzt halten Sie mal Ihre Klappe und hören zu! Sie können noch etwas lernen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das wären im Jahr 400.000 Menschen, die sich für das Leben und Arbeiten in Deutschland entscheiden sollten. Das brauchen wir auch. Das brauchen wir.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

– Jetzt ist einmal Ruhe hier! Ruhe!

(Lachen bei der AfD)

Mann, furchtbar.

(Andreas Winhart (AfD): Zum Thema!)

Nur so können wir die offenen Stellen besetzen sowie die Wirtschaftskraft in unserem Land und die sozialen Systeme stützen, aufbauen und weiterentwickeln.

Genau dafür ist das Chancen-Aufenthaltsrecht gedacht. Das ist eine gute Sache. Es erlaubt nämlich Menschen, die seit fünf Jahren in unserem Land geduldet sind oder gestattet bei uns leben und straffrei bleiben, in Zukunft den Erhalt des Chancen-Aufenthaltsrechts für 18 Monate. Dies bedeutet, Sie erhalten Zugang zu Integrationskursen, was bisher nicht der Fall ist. Sie erhalten Zugang zu Sprache, zu Ausbildung und zu Bildung. Dies ist der Weg, den wir wollen und den wir für unsere Gesellschaft, aber auch für unsere Wirtschaft brauchen. Davon hat eben nicht jeder so viel Ahnung, das ist schon klar. Wir brauchen nicht nur Akademiker*innen, sondern wir brauchen auch Arbeitskräfte – berufliche Bildung ist hier ein großes Thema –, die all das tun, was zu tun ist in unserem Land. Dafür müssen wir die bürokratischen Hürden und die sprachlichen Barrieren abbauen und natürlich Diskriminierung und Rassismus beenden. Das geht gar nicht; denn wir wollen und sollen als Einwanderungsland auch attraktiv sein.

Hier schlage ich den Bogen zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Auch hier müssen wir daran arbeiten, wirklich attraktiv zu sein, die Hürden zu reduzieren, Visa zu digitalisieren und Regelungen der Abwicklung betreffend die Anerkennung von Kompetenzen, die die Menschen mitbringen, auch so zu gestalten, dass man sie in Anspruch

nehmen kann. Chancen-Aufenthaltsrecht und Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das sind Chancen für unsere Wirtschaft, aber auch für unsere Gesellschaft. Noch heute ist es Tatsache, dass Menschen abgeschoben werden. Ich nenne ein konkretes Beispiel: Eine liebevolle Altenpflegerin, die voll ausgebildet ist und perfekt Deutsch spricht, soll trotzdem nach Äthiopien abgeschoben werden. Das ist nicht nur zutiefst unmenschlich, sondern es ist auch

(Ulrich Singer (AfD): Das wird doch seine Gründe haben, Frau Kollegin!)

– Ruhe! –

(Lachen bei der AfD)

ein totaler volkswirtschaftlicher Schaden.

Herr Graupner – ich will ihn gar nicht so gerne Kollegen nennen –

(Zurufe der AfD: Oh!)

hat von Fremden gesprochen, von "Fremden", aber ganz ehrlich: Mir sind die Leute von der AfD viel fremder als die Menschen, die ich in meinem Umfeld aus aller möglichen Herren Länder habe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es wurde von Manövern gesprochen. Die AfD greift ja auch immer gerne zu einer militarisierten Sprache.

(Ulrich Singer (AfD): Sie liefern Waffen in diese Gebiete!)

Hier hätte ich einen guten Vorschlag für uns, und ich würde mich finanziell auch beteiligen: Wir spendieren der AfD eine Gruppenreise nach Moskau mit One-Way-Ticket.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht Herr Kollege Stefan Löw für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Stefan Löw (AfD): Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Unser Thema "Kurskorrektur bei Asylpolitik: Hart Steuerbord statt linke Schlagseite" zur Aktuellen Stunde haben wir am heutigen Tag bewusst gewählt; denn gestern hat sich unser vergesslicher Bundeskanzler Scholz mit den Ministerpräsidenten der Länder zum Thema Flüchtlinge getroffen. Die Vergesslichkeit liegt anscheinend an der Parteizugehörigkeit, hat die SPD doch heute das Präsidium vergessen. Im Kern des Treffens ging es um mehr Geld vom Bund für die Länder. Das Ergebnis war eine Milliarde Euro – vielleicht –, ein Tropfen auf den heißen Stein.

Doch mehr Geld kann die Probleme der von Merkel verursachten und immer noch anhaltenden Migrationskrise nicht lösen. Mehr Geld schafft nicht von heute auf morgen Wohnungen auf dem angespannten Wohnungsmarkt. Mehr Geld führt auch nicht zu mehr Integration, insbesondere wenn der Wille dazu fehlt, und mehr Geld schafft auch keine Fachkräfte; denn jeder weiß: Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmer mehr. Unter dem Strich ist es auch egal, wer die Kosten übernimmt; denn es zahlt der Steuerzahler! Das Geld fehlt dann für Infrastrukturprojekte, für unser Gesundheitssystem oder für unsere Rentner. Wie wäre es einmal mit einer Steuersenkung, mehr Netto vom Brutto?

Die Bundesinnenministerin Frau Faeser kommt mit dem Vorschlag daher, an den Außengrenzen Asylzentren zu schaffen, in denen gleich das Asylverfahren durchgeführt wird, ohne dass die Menschen nach Deutschland gelangen. An sich ist dies eine gute Idee, jedoch wurde sie von ihr natürlich so weit ausgehöhlt, dass das Verfahren nur für die absolute Minderheit der Fälle greifen wird. Es gibt Ausnahmen ohne Ende, und für alle anderen heißt es: "Hello Germany!" Eine Senkung der Flüchtlingszahlen ist schlicht und ergreifend nicht gewollt, leben doch zu viele Ihrer – gerade grünen – Lob-

bygruppen von diesen Steuergeldern. Aber na ja, die Dame ist ja schließlich auch mit dem Wahlkampf für Hessen beschäftigt, da hat man für ein solch kleines Nebenamt wie Innenministerin gar keine Zeit.

(Beifall bei der AfD)

Zu unserem Herrn Söder: Dieser hat einmal wieder seine konservativen Positionen entdeckt. Andere würden sagen, so, wie die CSU vor zwanzig Jahren war, heutzutage heißt so etwas AfD!

(Zurufe von der CSU: Oh! – Thomas Huber (CSU): Mit Ihnen lassen wir uns nicht vergleichen!)

Viele der älteren Kollegen – hier sind einige, wie ich höre – werden sich noch an den ursprünglichen Geist damals erinnern können. So fordert Herr Söder das Streichen der Entwicklungsgelder oder mehr Abschiebungen, die gleiche Schiene, die er 2018 schon gefahren hat, und kurz nach der Wahl vergisst er wieder alles und schwenkt auf seinen grün-woken Kurs um. Eines kann man Söder jedoch nicht vorwerfen, und zwar dass er in seinem Standpunkt wanken würde. Eisern verteidigt er seine Position, und nichts bringt ihn davon ab. Seine Position heißt: Hauptsache Markus Söder, folge den Umfragen!

Für uns ist das Dauerproblem Migration kein Wahlkampfgepolter, sondern traurige Realität in unseren Städten. Nur mit der AfD wird sich eine Änderung ergeben. Von allen anderen kommt nur heiße Luft. Bedenkt: Entweder waren sie bereits in der Regierung oder sind es im Moment!

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Zum Abschluss der Debatte spricht Frau Kollegin Petra Guttenberger für die CSU-Fraktion.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In den ersten vier Monaten dieses Jahres hat die Zahl der Asylbewerberinnen und Asylbewerber um 48,4 % zugenommen, in Bayern sind es sogar wesentlich mehr. In ganz Europa hat die Zahl um 64 % zugenommen, und der Bürger und die Bürgerin fordern zu Recht eine Lösung. Jetzt sage ich es einmal ganz direkt: Mit losen Sprüchen wie "Hart Steuerbord!" und Ähnlichem löst man keine Probleme! Das ist wieder das typische "Aufgespreche", wir haben für alles die einfachen Lösungen. Alle anderen wollen das nur nicht machen,

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

und es gibt keinen Rechtsstaat etc. Offen gesagt, das ist mir zu durchsichtig, liebe AfD!

(Beifall bei der CSU)

Hohle, inhaltslose Worte haben noch nie eine Lösung bezweckt. Was ist denn Ihr Lösungsansatz? Ich habe nichts gehört. Habe ich vielleicht nicht zugehört? Habe ich etwas verpasst? Wir müssen uns aber auch hüten – das lässt mich auch sprachlos zurück – vor der Naivität, mit der die GRÜNEN hier Asylpolitik vertreten, indem man versucht, etwas schönzureden. Das ist Wolkenkuckucksheim! Einerseits sagt man, man will das beenden und die Zahl der Asylbewerber verringern, andererseits gibt es Städte, in denen die GRÜNEN gegen jede Art von Abschiebung protestieren. Ja, was wollen Sie denn jetzt?

Wenn ich die Beschreibung von Herrn Hagen höre, bin ich nahtlos begeistert. Tolle Beschreibung!

(Beifall bei der FDP)

Man könnte fast denken, Sie wären in der Opposition in Berlin; denn sonst würden Sie vielleicht einmal etwas tun.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Sie sind in der Opposition!)

Der Gipfel ist für mich die SPD, die schon gleich gar nicht kommt, weil sie sich dann unter Umständen anhören müsste, dass sie in der Großen Koalition alles, aber wirklich alles, was in die Richtung einer Beschränkung oder Steuerung der Asylbewerber geht, verhindert und blockiert haben.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Das ist natürlich auch eine Möglichkeit, sich einer Debatte zu entziehen. Was also wollen wir?

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Wir könnten versuchen, das Thema dann doch einmal in einem Dringlichkeitsantrag klarzumachen. Aber ich sage es jetzt einmal hier: Die Bundesregierung muss tätig werden. Liebe Ampel-Parteien, Sie sind momentan die Bundesregierung.

Wenn man es sich anhört, dann denkt man, als Asylsuchende kämen nur Fachkräfte, die sofort auf dem Arbeitsmarkt eingesetzt werden können. Die Realität ist aber doch eine andere. Die Menschen brauchen erst einmal eine Sprachgrundlage. Mit der Vorstellung, die Fachkräfteproblematik mit noch mehr Asyl lösen zu wollen – tut mir leid –, verstöre ich auch den naivsten Bürger, weil der auch sieht, dass die Realität anders ist.

(Zuruf der Abgeordneten Stephanie Schuhknecht (GRÜNE))

Der Gipfel ist ja dann, hier so zu tun, als stünde das im Koalitionsvertrag. Sie haben da drinstehen, dass Sie weitere Asylbewerber zum Beispiel aus Afghanistan aufnehmen wollen, für die weder die Flüchtlingskonvention noch ein Asylrecht gilt. Das stört Sie anscheinend nicht. Man hat so den Eindruck, die Vertreter von FDP und GRÜNEN meinen, wenn sie nur lange genug darüber reden, dass sie das steuern wollen, wird es vielleicht irgendeiner glauben und

(Zurufe der Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE) und Johannes Becher (GRÜNE))

nicht mehr nachfragen, wo denn was passiert ist. Wir haben gerade vom Kollegen Straub, dem Beauftragten, gehört: Dahin gehend ist nichts geschehen. Verträge gibt es auch nicht.

Was wollen jetzt wir? Wir wollen zumindest einmal, dass die Bundesregierung darauf drängt, dass geltendes europäisches Recht eingehalten wird, dass es nicht zur illegalen Weiterwanderung von einem europäischen Land nach Deutschland kommt, weil man hier die besseren Chancen dafür sieht, seine Schulden beim Schlepper zurückzuzahlen. Wir wollen einen effektiven Schutz der EU-Außengrenzen, und zwar einen echten Schutz. Den erreiche ich nicht mit hohlen und hehren Worten oder Behauptungen, die dann nicht mit Leben erfüllt werden können, sondern die erhalten wir nur dadurch, dass sich die Bundesregierung auch einsetzt. Ehrlich gesagt: Man hört oft das Wort "Zeitenwende", sieht dann aber, dass nichts passiert. Das überzeugt uns auch nicht. – In diesem Sinne vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.